

# VOLLMACHT

Ich/Wir erteile(n) der

Kanzlei Gunkel, Kunzenbacher & Partner, Detmolder Str. 120a, 33604 Bielefeld

in Sachen

\_\_\_\_\_ (Ihr Name ./ Gegner einfügen)

**Vollmacht zur außergerichtlichen Vertretung**, unter der Bedingung des Scheiterns der außergerichtlichen Beilegung **Prozessvollmacht**, §§ 81ff. ZPO sowie **Strafprozessvollmacht**, §§ 302, 374 StPO.

Die Vollmacht umfasst insbesondere:

1. Empfang des Streitgegenstandes, Wertpapieren u. ä., Urkunden usw. sowie ggf. die Weiterleitung an berechtigte Dritte. Ausdrücklich NICHT umfasst ist der Empfang von Geld sowie der vom Gegner, von der Justizkasse oder anderen Stellen zu erstattenden Kosten oder Auslagen.
2. Entgegennahme von Zustellungen, Einlegung und Rücknahme von Rechtsmitteln, sowie Verzicht auf solche, Erhebung und Rücknahme von Widerklagen.
3. Beseitigung des Rechtsstreits durch Vergleich, Verzicht oder Anerkenntnis.
4. Abgabe von einseitigen Willenserklärungen und Vornahme einseitiger Rechtsgeschäfte, insbesondere Begründung und Aufhebung von Vertragsverhältnissen.
5. Die Anforderung und Entgegennahme von unter das Datenschutzrecht fallenden Informationen, einschließlich besonderer Kategorien personenbezogener Daten gem. Art. 9 DSGVO.
6. Vertretung im Insolvenzverfahren über das Vermögen des Gegners, in Freigabeprozessen und als Nebenintervenient.
7. Alle Nebenverfahren, z.B. einstweilige Verfügung, Arrest, Kostenfestsetzung, Zwangsvollstreckung einschließlich der aus ihr erwachsenden besonderen Verfahren, Zwangsversteigerung, Zwangsverwaltung und Hinterlegungsverfahren zu betreiben.
8. Geltendmachung von Ansprüchen gegen Schädiger, Fahrzeughalter und deren Versicherung, sowie Akteneinsicht.
9. Übertragung der Vollmacht ganz oder teilweise auf Dritte.
10. Verteidigung und Vertretung in Bußgeld- und Strafsachen in allen Instanzen - und auch für den Fall meiner Abwesenheit. Der Verteidiger ist gemäß § 350 I StPO vom Hauptverhandlungstermin zu benachrichtigen. Vertretung gemäß § 411 II StPO mit ausdrücklicher Ermächtigung gem. § 233 I StPO. Vertretung in Strafvollzugsangelegenheiten.
11. Strafanträge zu stellen und zurückzunehmen, sowie die Zustimmung gemäß §§ 153 und 153a StPO zu erteilen.
12. Entschädigungsanträge nach dem StrEG zu stellen. Diese Vollmacht erstreckt sich sowohl auf die Befugnis, für mich Entschädigungsanträge jeglicher Art zu stellen, als auch auf meine Vertretung im sogenannten gesonderten Betragsverfahren.
13. Nebenklage zu erheben - als Nebenkläger aufzutreten.
14. Fotokopien nach eigenem Ermessen anzufertigen.

\_\_\_\_\_  
Vorname, Name

\_\_\_\_\_  
Straße, Hausnummer

\_\_\_\_\_  
PLZ, Ort

\_\_\_\_\_ den \_\_\_\_\_  
Ort Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

## Mandatsbedingungen

in Sachen:

Aktenzeichen:

wegen:

In Verbindung mit der erteilten Vollmacht an die Rechtsanwälte

**Gunkel, Kunzenbacher & Partner**  
**Detmolder Str. 120 a**  
**33604 Bielefeld**

### I. wird folgendes vereinbart:

1. Die Haftung der beauftragten Rechtsanwaltskanzlei wird für alle Fälle einfacher Fahrlässigkeit **auf einen Höchstbetrag von 1.000.000,00 EUR beschränkt**, insoweit besteht Versicherungsschutz. Unberührt bleibt eine weitergehende Haftung der beauftragten Rechtsanwaltskanzlei oder ihrer Erfüllungsgehilfen für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit sowie eine Haftung wegen Körperschäden.
2. Wenn eine weitergehende Haftung gewünscht wird, so kann auf ausdrückliche Weisung des Auftraggebers und auf dessen Kosten eine **Einzelhaftpflichtversicherung** zu einer höheren Haftungssumme abgeschlossen werden.
3. Dem Auftraggeber ist bekannt und einverstanden, dass die Rechtsanwaltskanzlei zur zweckmäßigen Bearbeitung des Mandats personenbezogene **Daten speichert**.

### II. Wir weisen darauf hin:

1. § 49 b BRAO (Bundesrechtsanwaltsordnung): Die **Gebühren** für unsere Beauftragung nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) werden grundsätzlich nach dem **Gegenstandswert** bemessen. Der Gegenstandswert ist das „Interesse“ an der Erledigung einer Rechtsangelegenheit, z. B. der Einzug einer bestimmten Forderung. Wenn Sie dazu konkretere Hinweise und Belehrungen wünschen (z. B. die genaue Berechnung), sprechen Sie uns bitte an.
2. Der **Mandatsvertrag** kommt erst mit **unserer Annahme** zustande. Diese Annahme erfolgt auch dadurch, dass wir nach außen für Sie tätig werden. Wenn das Mandat nach **1 Woche** noch nicht angenommen wurde, gilt es **vorsorglich als abgelehnt**.
3. Bei besonderer **Eilbedürftigkeit** weisen Sie uns bitte ausdrücklich darauf hin, damit wir vordringlich auf Interessenkollision oder Kapazitäten prüfen können.

\_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

## Reisekosten und Terminvertretungen

**Hinweis:** Eine Rechtsschutzversicherung übernimmt üblicherweise nur die Kosten eines "ortsansässigen" Rechtsanwalts. Gleiches gilt für die "notwendigen" und "erstattungsfähigen" Kosten eines Rechtsstreits, die gegebenenfalls von der Gegenseite erstattet werden müssen, wenn eine Klage gewonnen wird.

Die Rechtsprechung ist der Auffassung, dass normalerweise am eigenen Wohnort ein Rechtsanwalt gefunden werden kann, der ebenfalls spezialisiert ist oder sich in die Materie einarbeiten kann.

(Ob das tatsächlich so ist, sei dahingestellt.)

**Wichtig für Sie:** Es kann am Ende passieren, dass Sie trotz Rechtsschutzversicherung oder Sieg in der Hauptsache **Reisekosten** selbst tragen müssen, die dadurch entstehen, dass wir einen **Gerichtstermin** für Sie wahrnehmen. Es handelt sich dabei üblicherweise um die Kosten einer Bahnfahrt/öffentliche Verkehrsmittel/Taxi oder Kilometergeld (0,30 € pro Kilometer) bei Fahrt mit einem Pkw. Hinzu kommt ein so genanntes Abwesenheitsgeld zwischen 25 und 70 €, je nach Dauer (siehe Nr. 7005 VV RVG).

Da es für uns auch häufig einen sehr hohen zeitlichen (Reise-) Aufwand erfordern würde, einen Termin wahrzunehmen (der häufig nur eine Viertelstunde dauert um Anträge zu stellen und kurz zu erörtern – normal ist alles schon vorher geschrieben worden), beauftragen wir auch **Terminvertreter**.

Diese nehmen dann für einen **Pauschalpreis** (zwischen 150 bis 250 € zuzüglich Mehrwertsteuer) den Termin zur mündlichen Verhandlung wahr. Wir stellen diesen die wichtigsten Unterlagen dafür zur Verfügung. Die Terminvertreter arbeiten sich dann auch in Ihre Akte ein. Unsere Terminvertreter sind mit der Materie vertraut. Wir greifen – soweit möglich – auf uns bekannte und bewährte Terminvertreter zurück. Wir haben dafür ein Netzwerk in ganz Deutschland.

Unsere Reisekosten wären häufig höher, als die Kosten dieses Vertreters.

Wir bemühen uns, unsere Mandanten bei der Schlussabrechnung gegenüber einer Rechtsschutzversicherung schadlos zu halten. Über das so genannte "Quotenvorrecht" sollen bei Erstattungen zunächst eigene Kosten der Mandanten/Rechtsschutzversicherten ausgeglichen werden und erst der Rest geht an die Rechtsschutzversicherung. Es ist aber (noch) rechtlich umstritten, ob dazu auch diese Reisekosten/Kosten des Terminvertreters gehören.

**Einverstanden und zur Kenntnis genommen:**

---

**Datum/Unterschrift**

### **1. Verantwortlicher und Datenschutzbeauftragte**

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist

Rechtsanwälte Gunkel, Kunzenbacher & Partner  
Partnerschaftsgesellschaft, Detmolder Str.  
120a, 33604 Bielefeld

E-Mail: info@gunkel-partner.de  
Telefon: +49 (521) 13 69 98 7  
Telefax: +49 (521) 13 69 98 6

Die betriebliche Datenschutzbeauftragte,  
Rechtsanwältin Ursula Gunkel, ist unter den o.g.  
Kontaktadressen erreichbar.

### **2. Welche Arten von Informationen erheben wir?**

Wir erheben Stammdaten, also Name,  
Vorname, Anrede, Anschrift sowie  
Kontaktmöglichkeiten (Telefonnummern, E-  
Mails), sowie Daten die für die Bearbeitung des  
Mandats und die Geltendmachung und  
Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des  
Mandats notwendig sind. Dazu zählen alle  
Mandatsbezogenen Informationen, sowie  
gegebenenfalls Kontodaten (z.B. wenn wir Ihnen  
Zahlungen der Gegenseite weiterleiten).

Wir erheben auch einige statistische Daten zur  
Verbesserung unserer Dienstleistungen – z.B.  
wenn wir Sie fragen, wie Sie auf unsere Kanzlei  
gekommen sind.

Sofern wir weitere Daten von Ihnen erheben, die  
nicht im Zusammenhang mit dem  
Mandatsverhältnis stehen, fragen wir Sie dazu  
gesondert nach Ihrer Einwilligung.

### **3. Warum erheben wir diese Daten?**

Die Erhebung dieser Daten erfolgt, um Sie  
anwaltlich beraten und vertreten zu können,  
einschließlich der Korrespondenz mit Ihnen und  
der Rechnungsstellung und gegebenenfalls  
Geltendmachung unserer Zahlungsansprüche  
gegen Sie.

### **4. Auf Grund welcher gesetzlichen Grundlagen erheben wir die Daten?**

Die Datenverarbeitung ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1  
lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die  
angemessene Bearbeitung des Mandats und für  
die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen  
aus dem Mandatsvertrag erforderlich.

Wir verarbeiten in manchen Fällen auch Daten  
gem. Art. 9 Abs. 1 DSGVO. Dabei handelt es  
sich um „besondere Kategorien  
personenbezogener Daten“, also besonders  
sensible Daten, z.B. zur ethnischen Herkunft,  
politischen Meinung, religiöse oder

weltanschauliche Überzeugungen oder  
Gewerkschaftszugehörigkeit, genetische oder  
biometrische Daten, Gesundheitsdaten oder  
Daten zum Sexualleben oder der sexuellen  
Orientierung einer Person. Wir erheben diese  
Daten auf Grundlage des Art. 9 Abs. 2 lit. b  
und f DSGVO, zur Durchsetzung Ihrer Rechte.  
Beispiele dafür sind die Gesundheitsdaten in  
medizinrechtlichen Fällen, oder Daten zu Ihrem  
Ehepartner oder Ihrer Ehepartnerin, sofern Sie  
beide gemeinsam Rechte geltend machen, oder  
Sie über ihn oder sie rechtsschutzversichert  
sind.

Sofern Sie eine ausdrückliche Einwilligung erteilt  
haben, beruht die Datenverarbeitung auf Art. 6  
Abs. 1 S. 1. lit. a DSGVO.

Statistische Daten erheben wir, um unsere  
Dienstleistungen für Sie und andere zu  
verbessern und unseren Außenauftritt und unser  
Marketing zu steuern. Dabei handelt es sich um  
ein berechtigtes Interesse i.S.d. Art. 6 Abs. 1 S.  
1 lit. f DSGVO.

### **5. Wie lange bewahren wir die Daten auf?**

Die für die Mandatierung von uns erhobenen  
personenbezogenen Daten werden bis zum  
Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht  
für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des  
Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet  
wurde,) gespeichert und danach gelöscht, es sei  
denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c  
DSGVO aufgrund von steuer- und  
handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und  
Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder  
AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet  
sind (z.B. bei Rechnungen) oder Sie in eine  
darüber hinausgehende Speicherung nach  
Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt  
haben.

### **6. Weitergabe von Daten an Dritte**

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an  
Dritte zu anderen als den im Folgenden  
aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO  
für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen  
mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre  
personenbezogenen Daten an Dritte  
weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die  
Weitergabe an Verfahrensgegner und deren  
Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte)  
sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden  
zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur  
Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte,  
aber auch zur Durchsetzung des  
Versicherungsschutzes an Ihre  
Rechtsschutzversicherung. Die

weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

**Aus praktischen Gründen kommunizieren wir überwiegend per E-Mail. Wir weisen darauf hin, dass ohne weitere Absicherung oder Verschlüsselung E-Mails keinen sicheren Kommunikationsweg darstellen.**

### **7. Betroffenenrechte**

Soweit Sie von unserer Datenverarbeitung betroffen sind, haben Sie folgende Rechte:

#### **a. Widerruf der Einwilligung**

Sofern Ihre Daten auf Grund einer Einwilligung verarbeitet werden, können Sie gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit durch Erklärung uns gegenüber widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen.

#### **b. Widerspruchsrecht bei Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO**

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben. Auch Ihr Widerspruchsrecht können Sie einfach per Erklärung uns gegenüber ausüben.

#### **c. Auskunft**

Gemäß Art. 15 DSGVO können Sie Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen.

Gemäß Art. 20 DSGVO können Sie auch verlangen, Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format selbst zu erhalten, oder an einen Dritten zu übermitteln.

#### **d. Löschung, Berichtigung**

Gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;

Gemäß Art. 17 DSGVO können Sie die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist.

Gemäß Art. 18 DSGVO können Sie die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben.

#### **e. Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde**

Gemäß Art. 77 DSGVO haben Sie das Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.